

Kommunen und Landkreise torpedieren gemeinsame Erklärung zu den Kitas: CDU trägt hierfür Mitverantwortung

Zur aktuellen Diskussion zur Finanzierung der Kindertagesstätten erklärt die bildungs- und sozialpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, **Angelika Birk**:

Es erreichen uns täglich neue Informationen, dass Landkreise und Kommunen ihre bisherigen öffentlichen Zuschüsse für die Kitas drastisch kürzen wollen. So hat bereits der Kreis Schleswig-Flensburg beschlossen, seine jährlichen Zuschüsse zu den Kitas von bisher sieben auf fünf Prozent herunter zu fahren. Dies entspricht einer Kürzung von zirka 30 Prozent. Auch aus Nordfriesland und Ostholstein ist bekannt, dass ähnliche Beschlüsse vorgesehen sind.

Diese Kürzungen widersprechen in eklatanter Weise der - zwischen den kommunalen Spitzenverbänden, den Wohlfahrtsverbänden und der Landesregierung abgestimmten - gemeinsamen Erklärung. In dieser verpflichten sich die kommunalen Spitzenverbände, dafür zu sorgen, dass die kommunalen Zuschüsse nicht reduziert werden und akzeptieren die bisherigen pädagogischen Standards der Kindertagesstättenverordnung als Orientierungsrahmen. Das Land steht zu seiner Zusage, den Landeszuschuss zu den Kitas nicht zu kürzen und stellt deshalb jährlich 60 Mio. Euro in den kommunalen Finanzausgleich ein.

Wir appellieren an die CDU, mit ihrer kommunalen Mehrheit dafür Sorge zu tragen, dass die Kommunen ihre Zuschüsse für die Kitas nicht reduzieren. Bisher hat die CDU einerseits die gemeinsame Erklärung kritisiert (Pressemitteilung der CDU-Fraktion vom 27.10.03), andererseits hat sie aber immer wieder für eine Flexibilisierung ausgesprochen. Diese Flexibilisierung nutzt sie jetzt mit ihren schwarzen Mehrheiten vor Ort aus, um die Zuschüsse zusammenzustreichen. Dies ist unverantwortlich!
